

INTEGRATIVE DEMOKRATIE

EIN GANZHEITLICHES GESELLSCHAFTSMODELL

THOMAS DETERDING

ZUSAMMENFASSUNG

Im Zentrum der Integrativen Demokratie¹ steht der gesellschaftliche Diskurs – also die Verständigung unter den Bürger:innen. In sämtlichen Fragen, die ihnen wichtig sind, haben alle Wahlberechtigten die Möglichkeit, eine Volksabstimmung anzustoßen. Anders als bei bisher bekannten direktdemokratischen Verfahren wird dabei frühzeitig die gesamte Bevölkerung in die Diskussion einbezogen. Insbesondere darüber, welche Richtlinien und Maßnahmen das Gemeinwohl fördern, findet gesellschaftsweit ein ständiger Dialog statt. Viel Wert wird dabei auf Verfahren gelegt, die sich bestmöglich dem Konsens nähern. Im Laufe der Zeit soll dieser Kommunikationsstil in möglichst vielen Bereichen der Gesellschaft Fuß fassen. Damit Demokratie als Gesamtkonstrukt funktioniert, werden auch die Gesellschaftsbereiche öffentlich-rechtliche Medien und Wirtschaft in den demokratischen Prozess eingebettet. Die entsprechenden Fernseh- und Radiosender sind daher verpflichtet, den gesellschaftlichen Diskurs zu fördern. Und Unternehmen müssen so wirtschaften, dass es den zuvor von der Bevölkerung festgelegten Werten und Prinzipien – also dem Gemeinwohl – dient.

Fangen wir an, das Potential von Demokratie endlich auszuschöpfen – also Fortschritt, Frieden und Freiheit dadurch zu erzielen, dass wir unsere Gesellschaft gemeinsam gestalten!

Entwickeln wir eine Demokratie,

- bei der alle mitreden können – und miteinander reden;
- bei der es um Verständigung geht – nicht darum, welche Gruppe eine Mehrheit erringt, mit deren Entscheidung die Minderheit dann leben muss;
- die auf konsensorientierte und direktdemokratische Verfahren setzt – statt darauf, Gruppendenken zu befeuern und Verantwortung abzugeben;
- die sich ihre Medien zunutze macht – statt sich von den Boulevardmedien ausnutzen zu lassen;
- die den Markt mit Blick auf das Gemeinwohl integriert – statt sich dem Markt anzudienen!

¹ Der – stetig anzustrebende, nie jedoch vollkommen erreichbare – Idealzustand der Integrativen Demokratie sei hier als Integrale Demokratie [!] bezeichnet.

VISION

Wer in einer Integrativen Demokratie lebt, wacht morgens mit dem guten Gefühl auf, politische Veränderungen anstoßen zu können. Dieses hohe Maß an Selbstwirksamkeit, das die Bürger:innen hier erfahren, basiert darauf, dass sie jederzeit eine Initiative starten können, mit der sie ein Thema, das für sie Herzensangelegenheit ist, zum Gesprächs- und Abstimmungsgegenstand in der Gesellschaft machen können. Darüber hinaus ist ihre Meinung und Erfahrung auch anderweitig immer wieder gefragt, zum Beispiel als ausgelostes Mitglied eines Bürger:innen-Rates oder des Gemeinwohl-Konvents (Erläuterungen dazu im Abschnitt *Konzept*). Da es das Ziel ist, sich einem gesellschaftlichen Konsens so weit wie möglich zu nähern, sind Abstimmungen, bei denen die Mehrheit entscheidet, auf ein Minimum beschränkt. Dadurch wird Gruppendenken vermieden und die Menschen gehen herzlich und wertschätzend miteinander um.

Diskussionen über politische Themen gehören zum Alltag und dennoch herrscht keine Politikmüdigkeit. Obwohl niemand sich daran beteiligen muss – selbst dann nicht, wenn sie:er in eines der genannten Gremien gelost wird – machen fast alle mit. Denn die Bürger:innen einer Integrativen Demokratie sehen sich als Teil eines Ganzen, das gemeinsam gestaltet werden kann. Der Staat ist kein abstraktes Gegenüber, von dem man das Gefühl hat, mit Regeln gegängelt zu werden. Stattdessen wird immer wieder neu ausgehandelt, wie man zusammenleben will, was also dem Gemeinwohl dient. Aufgrund der zahlreichen Diskussionen sind die Bürger:innen gefordert, immer wieder zwischen den Vor- und Nachteilen einer Lösung abzuwägen, so dass Meinungsbildung auf höchstem Niveau stattfindet. Zugleich hat dies den Effekt, dass individuelle Lernprozesse stattfinden, die auf kollektiver Ebene gesellschaftlichen Fortschritt ermöglichen.

Auch für Unternehmen ist es das oberste Ziel, der Gesellschaft von Nutzen zu sein. Sie haben jährlich eine Gemeinwohl-Bilanz zu veröffentlichen, in der sie darlegen, wie weit ihr wirtschaftliches Handeln den im Rahmen der Gemeinwohl-Konvente definierten Zielen entspricht. Je nachdem, wie gut oder schlecht diese Bilanz ausfällt, müssen sie mehr oder weniger Steuern zahlen. Das hat Folgen für die Preise: Unternehmen, die für die Gesellschaft von großem Nutzen sind, können ihre Waren und Dienste besonders günstig anbieten. Die Auswirkungen auf die Innovationskraft und die Fortschrittsfähigkeit der Gesellschaft insgesamt sind entsprechend groß, denn Unternehmen streben nun danach, immer mehr Produkte und Leistungen anbieten zu können, die möglichst umweltfreundlich und fair hergestellt sind.

EINSCHUB: HYPOTHESEN ZUR REPRÄSENTATIVEN DEMOKRATIE

Wahlen sind nur grobe Richtungsvorgaben. Das hat zur Konsequenz, dass der Auftrag der Wähler:innen an die Politik unklar bleibt: Die gesamte Legislaturperiode über rätseln sowohl die Politiker:innen als auch die Medien und sogar die Bürger:innen selbst, was in Bezug auf einzelne Sachfragen der Wählerwille ist. Das führt zu einem erratischen Politikstil, also zu einem ständigen Umherirren. Das wiederum hat bei der Bevölkerung eine wachsende Politikverdrossenheit zur Folge.

Vor allem aber haben die Wähler:innen keine Chance, Verantwortung für ihre eigenen Angelegenheiten zu übernehmen. Persönliche und generationenübergreifende Schicksalsfragen werden von Stellvertreter:innen entschieden. Das führt einerseits zu einem Ohnmachtsgefühl und andererseits zu einer nur oberflächlichen Betrachtungsweise politischer Probleme, also zu Vor-Urteilen [!]. Echte Meinungsbildung und ein tiefgreifender gesellschaftlicher Dialog finden niemals statt.

Ein weiteres Problem unserer Repräsentativen Demokratie ist, dass es im Parteien- und Personen-Wettbewerb oft nicht um das bessere Argument geht, sondern darum, den politischen Gegner schlecht aussehen zu lassen, notfalls auch auf Kosten der Wahrheit. Statt sich mit Blick auf das Ganze auf Lösungen zu verständigen, werden Debatten angezettelt, die von den eigentlichen Fragen ablenken oder Fehler verschleiern. Eng mit diesem Kommunikationsstil verbunden ist eine Problematik, die mit der Methode der Mehrheitsentscheidung zusammenhängt: Dort, wo es darum geht, wer bei Abstimmungen in der Überzahl ist, entsteht Gruppendenken. Die Folge ist, dass sich Streit und Misstrauen in der Gesellschaft ausbreiten – nicht nur in der Politik, sondern auch unter den Bürger:innen.

Leider verstärken sowohl die Sozialen Medien als auch die Massenmedien die eben genannten Prozesse. Obwohl die öffentlich-rechtlichen Medien hier teilweise positiver zu bewerten sind, ist insgesamt festzustellen, dass bestimmte Gruppen im Zugang zu den Massenmedien benachteiligt sind, zu wenig Offenheit für Themen und Beiträge aus der Bevölkerung herrscht und verständigungsorientierte Kommunikation einen viel zu geringen Stellenwert hat. (Deterding, 2005, S. 57 f. unter Bezugnahme auf das emphatische Öffentlichkeitmodell von Peters, 1994, S. 42 ff.)

Ebenso verschärft werden gesellschaftliche Probleme durch die Tatsache, dass sich die Politik geradezu in einem Abhängigkeitsverhältnis gegenüber großen Unternehmen und Konzernen befindet: Ohne zu zögern, drohen diese mit der Streichung von Arbeitsplätzen, mit Standortwechsel oder mit Vertragsstrafen, wenn die Richtung, die eine Regierung einzuschlagen gedenkt, nicht in ihren „Business-Plan“ passt. Und gnadenlos werden die sozialen und ökologischen Kosten ihres Handelns auf die Gesellschaft abgewälzt. Letzten Endes müssen also die Bürger:innen für einen Großteil der Schäden aufkommen, welche die Unternehmen anrichten.

KONZEPT

Die Integrative Demokratie vereint verschiedene Konzepte und Methoden von Demokratie. Das parlamentarische System wird durch Abstimmungen ergänzt, welche aus der Bevölkerung heraus initiiert werden können. Im Unterschied zu bisherigen Entwürfen für direktdemokratische Verfahren werden alle Bürger:innen bereits frühzeitig in den Kommunikationsprozess einbezogen, so dass sich ein gesellschaftlicher Diskurs über die möglichen Lösungen für ein Problem entwickelt. Dies geschieht, indem statt eines konkreten Gesetzesvorschlags zunächst nur eine politische Forderung unterstützt werden kann und erst im nächsten Schritt von einem eigens dafür geschaffenen Gremium, dem Bürger:innen-Rat, ausgearbeitet wird. Dabei wird viel Wert auf die Anwendung konsensorientierter Verfahren (z.B. Systemisches Konsensieren¹) gelegt. Die einzelnen Schritte des Prozesses sehen folgendermaßen aus:

- **Bürger:innen-Initiative:** Eine Gruppe von Menschen (Initiativgruppe) startet eine Unterschriftensammlung für eine politische Forderung. Erreicht sie innerhalb einer vorgegebenen Zeit eine bestimmte Anzahl an Unterschriften, folgt der sogenannte Bürger:innen-Rat.

¹ Beim Systemischen Konsensieren wird unter mehreren Lösungsmöglichkeiten diejenige ausgewählt, die den geringsten Widerstand erzeugt. Dabei werden Einwände und Widerstände als Ressource genutzt, um gemeinsam noch bessere Vorschläge zu entwickeln. (Forum Lebendige Demokratie, 2024)

- **Bürger:innen-Rat:** Dieses Gremium arbeitet einen Gesetzesvorschlag aus und berücksichtigt dabei auch Beiträge, die von gesellschaftlich relevanten Gremien und Gruppierungen sowie von Einzelpersonen aus der Bevölkerung kommen. Welche Gremien und Gruppierungen relevant sind, entscheidet die Bevölkerung jeweils im Zuge der Parlamentswahlen. Der Bürger:innen-Rat besteht zur einen Hälfte aus Mitgliedern der Initiativgruppe, zur anderen Hälfte aus ausgelosten Bürger:innen. Er fasst seine Beschlüsse mit Hilfe eines konsensorientierten Verfahrens. Die öffentlich-rechtlichen Medien sind dazu verpflichtet, diesen Prozess in angemessener Weise zu begleiten.
- **Bürger:innen-Entscheid:** Über den vom Bürger:innen-Rat ausgearbeiteten Gesetzesvorschlag findet eine Volksabstimmung statt.

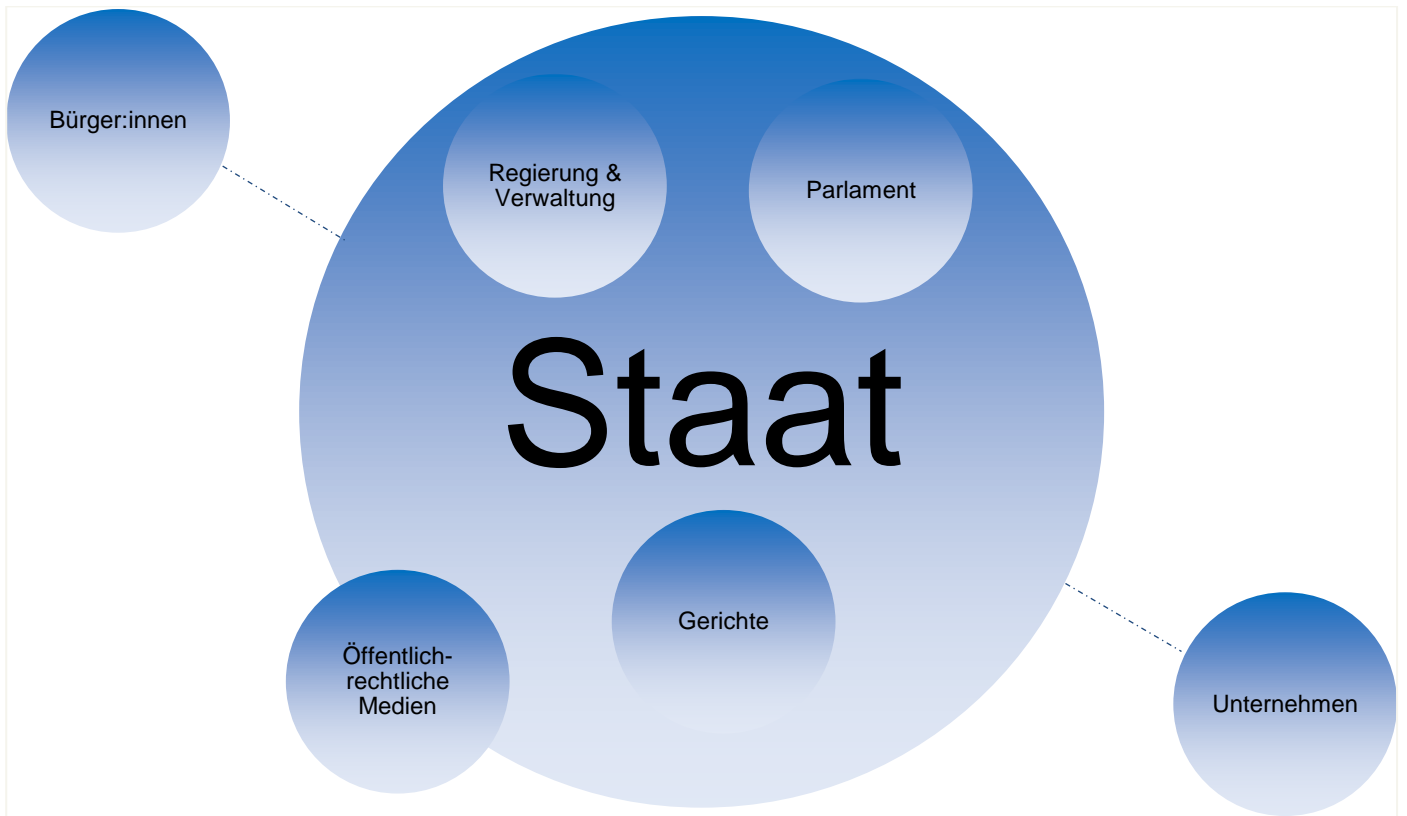
Anders als in der Repräsentativen Demokratie übernimmt die Bevölkerung einer Integrativen Demokratie also zeitweise die Funktion des Gesetzgebers (Legislative). Damit darüber hinaus Demokratie *als Ganzes* funktioniert, ist es notwendig, dass neben der Exekutive (Regierung & Verwaltung) und der Judikative (Gerichte) auch die Bereiche öffentlich-rechtliche Medien und Wirtschaft stärker als bisher in das Gesellschaftssystem eingebettet werden:

- Wie in der ausschließlich Repräsentativen Demokratie sind Exekutive, Judikative und Legislative voneinander getrennt. Weiterhin ist zu gewährleisten, dass auch in Bezug auf diese Bereiche alle Macht von den Bürger:innen ausgeht (siehe Artikel 20 des Grundgesetzes).
- Die öffentlich-rechtlichen Sender müssen Chancengleichheit im Zugang zu ihren Medien garantieren, Offenheit für Themen und Beiträge zeigen sowie ihre Formate und Beiträge derart gestalten, dass verständigungsorientierte Kommunikation im Sinne eines Diskurses überhaupt möglich wird. Insbesondere haben sie die direktdemokratischen Verfahren entsprechend zu begleiten. Wenn eine Bürger:innen-Initiative erfolgreich verlaufen ist, müssen sie also bekannt machen, dass ein Bürger:innen-Rat stattfindet. Im Anschluss daran berichten sie von den Sitzungen des Bürger:innen-Rates. Dabei ist einerseits darauf zu achten, dass das Gremium die Möglichkeit hat, teilweise hinter verschlossenen Türen zu tagen. Andererseits muss aber die Bevölkerung so in den Diskussionsprozess eingebunden werden, dass sie sich eine Meinung bilden kann – ja mehr noch: Anzustreben ist, dass parallel zu den Sitzungen des Bürger:innen-Rates ein gesellschaftlicher Dialog beginnt. Dasselbe gilt für den Gemeinwohl-Konvent (siehe nächster Punkt).
- Die Prinzipien, nach denen die Marktteilnehmer wirtschaften, werden von der Bevölkerung im Rahmen eines permanenten Diskurses über das Gemeinwohl festgelegt. Gemäß den Grundsätzen der sozial-ökologischen Marktwirtschaft bedarf es eines (steuerlichen) Anreizsystems, damit Unternehmen gemeinwohlorientiert handeln. Insgesamt ergibt sich somit die Notwendigkeit einer entsprechenden Institutionalisierung, die folgenderweise umgesetzt wird:
 - Ein **Gemeinwohl-Konvent**, welcher der Bevölkerung Vorschläge für die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen macht, ist ein ständiges Gremium, das zur einen Hälfte ausgelost, zur anderen Hälfte direkt gewählt wird. Er setzt sich aus allen relevanten gesellschaftlichen Gruppierungen zusammen. Jeweils zu den Parlamentswahlen wird er um neue Gruppierungen ergänzt, sofern entsprechende aus der Bevölkerung kommende Vorschläge eine Mehrheit erhalten. Intern trifft der Gemeinwohl-Konvent seine

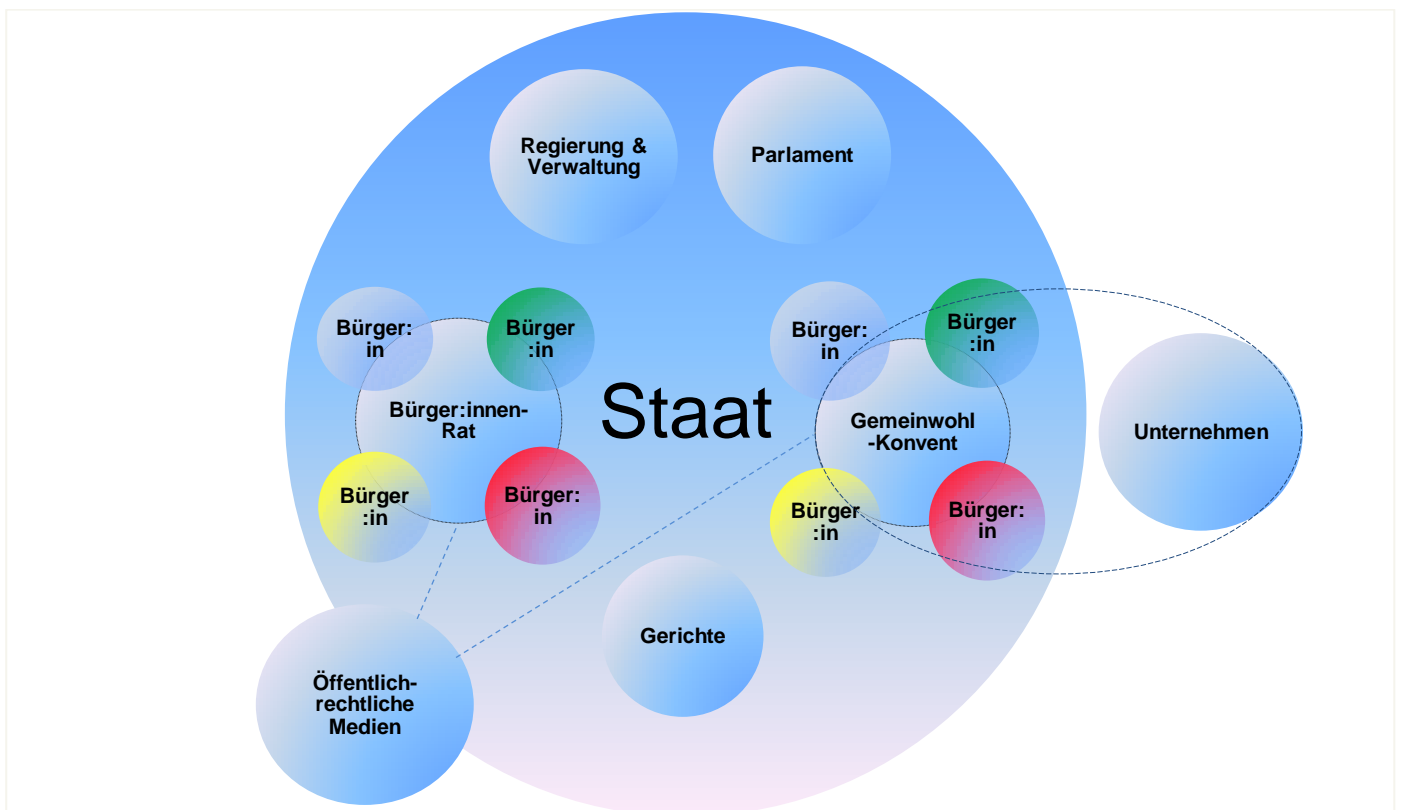
Entscheidungen mithilfe eines konsensorientierten Verfahrens. Abschließend stimmen die Bürger:innen direktdemokratisch über seine Vorschläge ab.

- Der Gemeinwohl-Konvent schlägt die Kriterien eines **Gemeinwohl-Kanons** vor. Dies ist der Katalog, in welchem die Merkmale, nach denen Unternehmen im Hinblick auf ihre Gemeinwohlorientierung zu bewerten sind, festgelegt werden.
- Zudem arbeitet der Gemeinwohl-Konvent konkrete Vorschläge für finanzielle Entlastungen aus, welche den Unternehmen mit einer entsprechend guten **Gemeinwohl-Bilanz** zukommen. Eine Gemeinwohl-Bilanz ist ein Bericht, den Firmen und andere Körperschaften in regelmäßigen Abständen veröffentlichen müssen. Darin legen sie anhand der Kriterien des Gemeinwohl-Kanons dar, inwieweit ihr unternehmerisches Handeln dem Gemeinwohl dient.

Repräsentative Demokratie (vereinfachte Darstellung):



Integrative Demokratie (vereinfachte Darstellung):



VERTIEFUNG

- NÄCHSTE SCHRITTE

Um die Integrative Demokratie Wirklichkeit werden zu lassen, sollten parallel zwei Wege beschritten werden, zum einen der zivilgesellschaftliche, zum anderen der Weg über Gesetze. Letzterer ist unerlässlich, denn um Rechtssicherheit herzustellen, bedürfen die Prinzipien und Prozesse der Integrativen Demokratie einer gesetzlichen Grundlage.

Der Weg zu neuen Gesetzen oder Gesetzesänderungen führt auf Bundesebene nur über das Parlament, auf Landesebene zusätzlich über Volksabstimmungen. Letztere könnten zum Beispiel genutzt werden, um Gemeinwohl-Konvente, Gemeinwohl-Kanon und Gemeinwohl-Bilanz zunächst auf der Ebene der Bundesländer zu verankern. Der „klassische“ Weg über Parteien und Wähler:innen-Gemeinschaften sollte aber ebenfalls beschritten werden – und kann sogar in unerwartet kurzer Zeit zum Erfolg führen, wenn es gelingt, die Wähler:innen von der Dringlichkeit grundsätzlicher Änderungen zu überzeugen.

Im Hinblick auf die Elemente der Gemeinwohl-Wirtschaft ist aber noch eine andere Vorgehensweise vielversprechend: Einkaufs- und Erzeugergenossenschaften könnten einen Marktplatz für gemeinwohlorientierte Produkte und Dienstleistungen schaffen. Die Mitglieder dieser sogenannten Gemeinwohl-Genossenschaften würden sich also zum Ziel setzen, ihr Leben Schritt für Schritt nachhaltiger zu gestalten, indem sie beispielsweise verabreden, ihre gemeinsame Ökobilanz in einem angemessenen Zeitraum auf ein für die Erde erträgliches Maß zu begrenzen. Auf diese Weise würde die dringend benötigte ökologisch-soziale Transformation auf friedliche Weise mit legalen Mitteln von unten vorangebracht.

- SCHNITTSTELLEN UND WECHSELWIRKUNGEN

Durch die Einführung von bundesweiten Volksentscheiden wird die Gesamtheit der Bürger:innen zeitweilig zum Gesetzgeber. Die Bevölkerung übernimmt damit eine Funktion, die in ausschließlich repräsentativen Systemen dem Parlament vorbehalten ist. Aus demokratietheoretischer Sicht ist diese sogenannte Volksgesetzgebung höchst wünschenswert, kommt sie doch dem Grundgedanken von Demokratie so nahe wie nur irgend möglich. Auf Ebene der Bundesländer wird eine derartige Arbeitsteilung zwischen Bevölkerung und Parlament bereits erfolgreich praktiziert und könnte problemlos auf den höheren Level übertragen werden.

Auch die gesetzliche Verankerung eines Gemeinwohl-Konvents stellt keine Entmachtung des Parlaments dar. Die Aufgaben, die hier im Rahmen der Gemeinwohl-Wirtschaft anfallen, sind ja zusätzliche. Müssten sich die Abgeordneten auch noch mit diesen Fragen auseinandersetzen, würde das zum einen deren Arbeitskapazität überfordern, zum anderen bestünde die Gefahr, dass der ohnehin ausufernde Lobbyismus weiter zunehmen würde.

- RISIKEN, GEFAHREN, HEMMNISSE

Damit das Konzept der Integrativen Demokratie realisiert werden kann, sind drei Herausforderungen zu bewältigen:

Die erste Hürde, die es zu überwinden gilt, ist ein Erkenntnisproblem. Die Welt, und mit ihr die westlichen Demokratien, ist derzeit mit zahlreichen Schwierigkeiten und Krisen konfrontiert – angefangen vom Klimawandel über die immer größer werdende Schere zwischen Arm und Reich bis hin zur wachsenden weltanschaulichen Spaltung und der damit einhergehenden Radikalisierung. Soweit, so offensichtlich. Die Hypothese aber,

dass es hier einen Zusammenhang mit der unzweckmäßigen Gestaltung unserer Demokratien gibt, wird bisher nur selten geäußert, geschweige denn untersucht. Kurz gesagt, besteht dieser Zusammenhang meines Erachtens darin, dass eine Demokratie, in der kein gesellschaftlicher Diskurs entstehen kann, systematisch zu Vor-Urteilen [!] sowie einem Mangel an Bildung und damit zu Fehlentscheidungen führt. In Verbindung mit der Bevorzugung von Mehrheitsvoten und dem Ohnmachtsgefühl, welchem die Wähler:innen in einer Repräsentativen Demokratie ausgesetzt sind, hat das eine Polarisierung und Radikalisierung zur Folge, so dass die Wahrscheinlichkeit für einen Zusammenbruch der Gesellschaft im Laufe der Zeit immer weiter zunimmt.

Die zweite Barriere ist strategischer Natur und hängt mit der eben beschriebenen Thematik zusammen. Damit die Integrative Demokratie realisiert werden kann, sind durchaus umfangreiche Systemanpassungen erforderlich. Diejenigen, die – aus welchen Gründen auch immer – kein Interesse an der Umsetzung des Konzeptes haben, werden diese Änderungen als zu grundsätzlich beschreiben. Es wird heißen, die Repräsentative Demokratie habe sich jahrzehntelang bewährt und brächte den Menschen Freiheit, Sicherheit und Wohlstand. Dass mit einer solchen Aussage die oben genannten Zusammenhänge verschleiert werden, ist auf den ersten Blick schwer zu durchschauen. Letztlich wird es daher auch darauf ankommen, die Beharrungskräfte davon zu überzeugen, dass sie sich mit ihrer Gegnerschaft langfristig ins eigene Fleisch schneiden.

Drittens sollte eine Gefahr nicht übersehen werden, die ebenfalls im Zusammenhang mit den vorgenannten Punkten steht. Die Integrative Demokratie ist ein ganzheitliches Konzept. Sie funktioniert nur dann, wenn alle Rädchen ineinandergreifen können und keines fehlt. Das heißt nicht, dass Abweichungen nicht möglich sind, aber etwaige Änderungen sollten immer so geartet sein, dass sie im Hinblick auf das große Ganze Sinn ergeben. So wäre es beispielsweise durchaus denkbar, die Überprüfung der Gemeinwohlorientierung anhand von Produkten vorzunehmen, anstatt ganze Unternehmen einer Gemeinwohl-Bilanzierung zu unterziehen. Widersinnig wäre es jedoch, wenn Unternehmen zwar zu einer Gemeinwohl-Bilanzierung verpflichtet würden, der Gemeinwohl-Kanon aber von Parlamentariern beschlossen würde – statt unmittelbar von der Bevölkerung.

ERGÄNZUNG: ENTSTEHUNGSGESCHICHTE DES KONZEPTS

Die Idee, den direktdemokratischen Prozess so zu gestalten, dass der gesellschaftsweite Diskurs durch ein eigens dafür geschaffenes Gremium gefördert wird, habe ich im Jahr 2000 in der Zeitschrift für direkte Demokratie veröffentlicht. Dort heißt es:

„Innerhalb eines direktdemokratischen Verfahrens halte ich es daher für notwendig, strukturelle und quantitative Regelungen für die Informationsvergabe der Medien einzuführen. Außerdem sollten alle gesellschaftlich relevanten Gruppierungen in den Entwurfs-Prozeß einbezogen werden - und zwar so, daß auch der/die einzelne BürgerIn sich aktiv mit eigenen Ideen beteiligen kann.

Ich schlage also vor, die Unterschriften bei der Volksinitiative als Unterstützung einer grundsätzlichen Forderung zu betrachten und erst nach einem erfolgreichen Volksbegehren die eigentlichen Gesetzentwürfe an einem Runden Tisch auszuarbeiten. Neben den Mitgliedern der Bürgerinitiative, die das Verfahren ins Leben gerufen hat, säßen an den Runden Tischen, die den Ministerien zugeordnet wären, auch VertreterInnen der Parteien und der Interessenverbände. Sie bildeten, unter Beachtung gewisser Vorschriften, Koalitionen, über deren konkurrierende Gesetzesvorschläge schließlich per Volksentscheid abgestimmt werden könnte. Dabei würden die Fernsehsender dazu verpflichtet, eine bestimmte Anzahl von Diskussionssendungen

auszustrahlen sowie in regelmäßigen Abständen die Sitzungen der Runden Tische zu übertragen, so daß die VertreterInnen der unterschiedlichen Positionen direkt zu Wort kommen und sich jeder BürgerIn via Internet mit Kritik oder eigenen Ideen beteiligen kann (....)

Auch dies ist natürlich kein Patentrezept, jedoch halte ich den hier nur skizzenhaft beschriebenen Ansatz, verglichen mit dem Gesetzentwurf vom März '99¹, für geeigneter, durch Stimmungsmache verursachte Kurzschlußentscheidungen zu vermeiden und einen gesellschaftlichen Dialog entstehen zu lassen. Denn angesichts zunehmender Kartellbildung bzw. Privatisierung und zugleich der Schlüsselrolle, die die Medien in einer direktdemokratisch organisierten Gesellschaft unweigerlich spielen werden, sind medienethische Regelungen m.E. unverzichtbar. Und die Runden Tische sind eine Art Zukunftswerkstätten, die sowohl gesellschaftlich relevanten Gruppierungen als auch einzelnen BürgerInnen die Chance geben, sich aktiv an der Gestaltung der Politik zu beteiligen. Da mir dieses System, bestehend aus Initiativ -, Kreativ -und Entscheidungsphase, eine realisierbare Synthese verschiedener Modelle zur politischen Willensbildung in der Demokratie zu sein scheint, wäre ich erfreut, wenn der Vorschlag als Denkanstoß aufgefaßt und weiterentwickelt würde.“ (Deterding, 2000, S. 5-6)

Aus dem, was ich damals Runde Tische nannte, ist später der Bürger:innen-Rat geworden. Die Grundidee zur Schaffung eines solchen Gremiums, das eigens dafür da ist, den gesellschaftlichen Diskurs anzuregen, hat mich auch bei der Konzeption der Gemeinwohl-Ökonomie geleitet. Hier ist es der Wirtschaftskonvent, der diese Funktion übernimmt. Die Idee für die Gemeinwohl-Ökonomie hatte ich während einer Zugfahrt im Jahr 2007. Ich überlegte, wie es gelinge könnte, das Wirtschaftssystem in die Demokratie einzugliedern und gleichzeitig den Bürger:innen direkte Mitsprachemöglichkeiten zu geben. Mir wurde klar, dass beide Systeme ja bereits an einer Stelle verschränkt sind – nämlich im Gemeinnützigkeitsrecht: Unternehmen (und andere Körperschaften) werden bereits jetzt steuerlich entlastet, wenn sie im Sinne des Gemeinwohls handeln. Ich sagte mir: Eigentlich müsste es doch so sein, dass ALLE (!) Unternehmen der Gesellschaft dienen und dies auch nachweisen können. Je mehr sie dies täten, desto mehr müssten sie entlastet werden. Und die Kriterien, nach denen die Unternehmen zu bewerten wären, müssten in einem diskursiven Prozess bestimmt und direktdemokratisch legitimiert werden. Mit dieser Idee war die Gemeinwohl-Ökonomie geboren! Der Name existierte zu jenem Zeitpunkt allerdings noch nicht. Den schlug dann Christian Felber vor, dem ich von meiner Idee erzählte, als ich ihn später im Verlauf der Zugfahrt traf.

Auch wenn ich den Namen Gemeinwohl-Ökonomie nicht schlecht fand, gefiel mir damals schon nicht, dass es ja eigentlich kein Wirtschaftssystem sondern ein Gesellschaftssystem war, das ich da konzipiert hatte. Erst viele Jahre später habe ich deshalb beschlossen, die Idee der Bürger:innen-Räte und die der Gemeinwohl-Ökonomie, die ich mir immer schon als zwei Teile eines großen Ganzen vorgestellt hatte, unter dem Namen Integrative Demokratie zu veröffentlichen.²

Das der Gemeinwohl-Ökonomie zugrunde liegende Wirtschaftskonzept beruht auf dem Ansatz der ökologisch-sozialen Marktwirtschaft. Diese Idee stammt aus den 1970er

¹ Gemeint war hier ein Vorschlag des Vereins Mehr Demokratie e.V., in dessen Zeitschrift mein Artikel damals veröffentlicht wurde.

² Dabei habe ich auch die Gemeinwohl-Matrix in Gemeinwohl-Kanon und den Wirtschaftskonvent in Gemeinwohl-Konvent umbenannt.

Jahren und ist nicht von mir. Vermutlich habe ich während meiner Schulzeit erstmals davon gehört.¹

Der Grundgedanke der ökologisch-sozialen Marktwirtschaft ist es, der Verschmutzung von Umwelt und dem Ressourcenverbrauch einen Preis zu geben, indem entsprechende Steuern erhoben werden. Weil es von diesem Zeitpunkt an profitabel ist, streben Unternehmen danach, gemeinwohlorientiert zu produzieren. Die Ökosoziale Marktwirtschaft stellt also den Marktmechanismus in den Dienst des Gemeinwohls. Sie verhindert damit, dass Unternehmen soziale oder ökologische Kosten externalisieren, also auf die Gesellschaft abwälzen.

¹ Meine Lehrerein in Politischer Weltkunde, Annegret Tomczak, war es, die damals die Weitsicht besaß, uns alternative Gesellschaftssysteme vorzustellen und auch Aufsätze darüber schreiben zu lassen. Ihr sei auf diesem Weg einmal dafür gedankt!

QUELLEN / LITERATURNACHWEISE

Peters, B., Der Sinn von Öffentlichkeit, in: Neidhardt, F. (Hrsg.), Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 34, Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen, Opladen 1994, S. 42 - 76.

Deterding, T., Visionen statt Illusionen, in: Mehr Demokratie e.V. (Hrsg.), Zeitschrift für direkte Demokratie, Nr. 48/49 (2000), S. 5-6.

Deterding, T., Die Interaktion von Medien, Politik und Publikum – eine theoretisch-praktische Auseinandersetzung unter besonderer Berücksichtigung direktdemokratischer Diskurse, Hildesheim 2005, S. 57 f. Verfügbar unter <https://esgehtumsganze.de/> (13.01.2025).

Forum Lebendige Demokratie (2024). Verfügbar unter <https://lebendige-demokratie.de/> (13.01.2025).